

Netzwerkforum

Berichte – Informationen – Debatte

April 2025

Liebe Netzwerkmitglieder und Interessierte,

unsere Pflege von Erinnerungskultur ist, wie wir alle wissen, keine museale Beschäftigung mit Vergangenheit, sondern lebendige politische Arbeit. Mit der Erforschung und Vermittlung von deutscher Geschichte, insbesondere die der NS-Verbrechen, wollen wir unseren Teil dazu beizutragen, die Werte der Aufklärung in unserer Gesellschaft zu festigen. Die Angriffe von Rechts, von Seiten eines autoritären Nationalradikalismus, auf diese Werte gehen einher mit Fehl- und Umdeutungen deutscher Vergangenheit. Wir müssen uns wieder mit heroisierenden Mythen um tausend (oder mehr?) Jahren deutscher Geschichte, in der die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft zwar eine unschöne aber in ihrer Bedeutung überbewertete Phase sei, herumschlagen. Die Niederlage des Deutschen NS-Reichs 1945 habe den Deutschen ihre Souveränität über ihr eigenes Schicksal genommen, tönt es aus Reihen der AfD. Hier und da wird der von den Nazis zum Heldengedenktag deklarierte Volkstrauertag wieder in NS-Manier gefeiert, die SS ihres verbrecherischen Charakters entsorgt und der Begriff „Führer“ wird zur Metapher durchsetzungsstarker autoritärer Politik. Gewerkschaften werden wegen ihres „hetzerischen“ Klassenkampfes angeprangert, wo doch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit in Betriebsgemeinschaften dem deutschen Nationalcharakter entspräche. Anleihen aus der rechtsnationalistischen Literatur des vorigen Jahrhunderts garniert mit Verharmlosungen nazistischer Volkstumsideologie sollen die in einem Jahrzehnte währenden Prozess der Aufarbeitung des Nationalsozialismus gewonnenen Einsichten in der Öffentlichkeit verdrängen. Das Netzwerk widersetzt sich mit seiner Kraft und akkumulierten Kompetenz im Bündnis mit anderen diesem Treiben. Es wird seine Anstrengungen verstärken. Wir begreifen erinnerungskulturelle Arbeit als elementaren Baustein bei der Stärkung von Demokratie. Diese Willen bekundete die jüngste Mitgliederversammlung des Vereins, bei der ein Reformprozess mit einer Entschließung (sie ist unten dokumentiert) eingeleitet wurde.

Liebe Leserinnen und Leser, der erste Newsletter des Netzwerks erschien im Mai 2016. Damals hatte ich seit wenigen Wochen meine Stelle als Netzwerkreferent inne. Seitdem erschien diese Publikation regelmäßig. Die tatkräftige Unterstützung vieler aus der Mitgliedschaft und darüber hinaus hat diese Kontinuität ermöglicht. Dafür vielen Dank! Dies ist nun das letzte Mitteilungsblatt, das ich verantworte, weil ich meinen Posten im April

verlasse. Die Arbeit als Netzwerkreferent habe ich über die Jahre gern und mit dem mir möglichen Engagement getan. Die kollegiale und solidarische Zusammenarbeit aller an Erinnerungskultur Mitarbeitenden war dabei Stütze, Motivation und Inspiration. Auch dafür vielen Dank.

Peter Schyga (Netzwerkreferent)

Der Inhalt:

- **Hannover und seine Erinnerungskultur**
 - **Die Deportation der Sinti aus Hannover im März 1943 - Veranstaltungsbericht**
 - **Spaniens umkämpfte Erinnerungskultur**
 - **20. MV des Netzwerks – Bericht**
-

Hannover und seine Erinnerungskultur

Rezension

„Der Umgang der Stadt Hannover mit der nationalsozialistischen Vergangenheit“ lautet der Titel eines Aufsatzes von Jens Binner, Direktor des ZeitZentrums Zivilcourage, der letztes Jahr in der Zeitschrift *Moderne Stadtgeschichte* erschienen ist. Dabei geht es dem Autor um eine kritische Betrachtung der erinnerungskulturellen Entwicklung in der Stadt Hannover.

Kritische Blicke zurück und auf die Gegenwart seien nötig, um den Beitrag von Erinnerungskultur an der politischen Gestaltung von Gesellschaft in unserer demokratischen Republik zu fördern. Denn, so eine seiner zentralen Feststellungen: Auch wenn Hannover durch eine Jahrzehnte währende relativ reibungslose Zusammenarbeit von Rathauspolitik Stadtverwaltung und zivilgesellschaftlichen Initiativen bei der Erinnerungsarbeit „unbestreitbare Erfolge“ zu verzeichnen habe, so mache sich ein in der gegenwärtigen politische Lage ein entscheidendes Defizit spürbar bemerkbar: Während dieses langen Prozesses der Aufarbeitung von NS-Geschichte der Stadt ist der innergesellschaftliche Diskurs zu kurz gekommen. Kursorisch aber analytisch treffend zeichnet Binner diese Aufarbeitungsgeschichte nach – von der frühen Initiative zur Errichtung der Gedenkstelen auf dem Seelhorster Friedhof, über die Forschungen zu den Konzentrationslagern und zur Zwangsarbeit bis heute, wo die Stadt mit Erinnerungstafeln und Gedenkorten gepflastert ist und mit dem ZeitZentrum ein zentraler Ort der Erinnerungskulturpflege wirkt. Jens Binner merkt an, dass eigentlich erst mit dem Versuch, auf der Grundlage von wissenschaftlicher Expertise (Ende 2018 lag das Gutachten der wissenschaftlichen Kommission vor) Straßennamen einer historischen Prüfung zu unterziehen und manche aus dem Stadtbild zu ersetzen, eine Debatte um NS-Geschichte die Stadtgesellschaft in ihrer Mitte erreichte. Dies dann, das sei angemerkt, in einer geschichtsrevisionistischen Vehemenz, die für viele unerwartet kam, schien man sich doch bis dahin so einig. Ein Wutbürgertum aus der Mitte der Gesellschaft tat sich mit einer Verve hervor, die eine sachliche, auf wissenschaftlichen Tatsachen beruhende Debatte schier unmöglich macht. Der Autor dieser Zeilen erinnert sich

noch gut an eine von FDP organisierte Versammlung in der Friedenskirche im Zooviertel, auf der der Berichterstatter der Stadtverwaltung verhöhnt und niedergemacht wurde von Leuten, die Hindenburg als Held von Tannenberg feierten oder ihn als unschuldiges Opfer von Hitlers Machtstrategie hinstellten. (s. Newsletter 6/2018 auf <https://netzwerk-erinnerungundzukunft.de/newsletter/>) Die erinnerungspolitisch eiernden taktischen Debatten in so manchen Bezirksräten zur Veränderung von Straßennamen bestätigten den Eindruck, dass Erinnerungspolitik im Prozess der Erinnerungsarbeit wohl zu kurz gekommen ist. Der Resonanzraum für geschichtsrevisionistische Auffassungen weitete sich und wird zunehmend vernehmbar. „Erinnerungskultur (wird) zunehmend offener infrage gestellt“ konstatiert Binner und plädiert dafür: Vielmehr muss das Bewusstsein dafür gestärkt werden, dass das bisher Erarbeitete lediglich den Ausgangspunkt bildet, um Erinnerungskultur weiterhin im Sinne der Stärkung der Demokratie wirksam werden zu lassen.“ Wie das konkret umgesetzt werden kann, darüber wird noch intensiv zu reden sein. Ein Studium von Jens Banners Analyse kann dabei sehr hilfreich sein.

PS

Jens Binner in: MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 55/2 (2024), 85-100
DOI: 10.60684/msg.v55i2.76 <https://moderne-stadtgeschichte.de/index.php/msg/article/view/76>

Wege in die Vernichtung

Die Deportation der Sinti aus Hannover im März 1943

Der Förderverein Sinti und Roma Holocaust-Mahnmal Hannover e.V. hat zu diesem Anlass am Sonntag, den 2. März 2025 eine Matinee-Veranstaltung im Künstlerhaus durchgeführt. Bürgermeister Thomas Hermann ging in seinem Grußwort vor den rund 100 Gästen auf den sog. Auschwitz-Erlass ein, in dessen Folge ab Ende 1942 die reichsweiten Deportationen in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und der Völkermord an den europäischen Sinti und Roma durch die Nationalsozialisten erfolgten. Er wies kritisch auch darauf hin, dass das Schicksal der Sinti und Roma in der bundesdeutschen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus lange vernachlässigt wurde. Erst 1982 kam es zur offiziellen Anerkennung der Verfolgung von Sinti und Roma als Völkermord. Heute erinnern auch in Hannover eine Reihe von Mahnmalen, Hinweistafeln und Stolpersteine an die Schicksale hannoverscher Sinti. Thomas Hermann begrüßte ausdrücklich das breite Bündnis aus Stadtgesellschaft, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, Sozialverbänden und Politik, sich für ein Mahnmal im Zentrum Hannovers zur Erinnerung an die Verfolgung und Vernichtung von Sinti und Roma durch die Nazis einzusetzen.



Anhand authentischer Lebensläufe wurde der Leidensweg einiger Sinti nach Auschwitz aufgezeigt.

Die Kulturdezernentin der Stadt Hannover Eva Bender verlas das eindrucksvolle, sehr ergreifende Interview mit der Sintiza Else Schmidt, die 1935 geboren wurde und in einer Pflegefamilie in Hamburg aufwuchs. Else Schmidt überlebte die KZ-Zeit, lebt seit 1963 in England, heiratete dort und heißt jetzt Baker.

Es gibt nur noch wenige Zeitzeugen der Deportation und Ermordung deutscher Sinti und auch der nachkommenden Generation fällt es schwer, über die Schicksale ihrer Eltern, Großeltern und anderen Verwandten zu sprechen. Unser Vereinsmitglied Regardo Rose, dessen Rat und Mitwirkung in unserem Förderverein wir sehr schätzen, hat unserem Vereinsvorsitzenden Michael Buckup ein Interview zu seinen Erinnerungen an seine Eltern Ernst-August und Auguste Wagner gegeben, das Michael in der Veranstaltung las.

Das Schicksal des Sinti Hans Braun, der in den USA ein Interview gegeben hat, wurde ebenfalls von Michael Buckup vorgetragen. Hans Braun konnte sich lange verstecken und floh mehrfach vor dem Zugriff der Gestapo, wurde aber letztlich entdeckt und nach Auschwitz deportiert. Er überlebte, nachdem er in das Arbeitslager Flossenbürg gebracht wurde und dort beim Bau des Messerschmitt-Jagdflugzeugs eingesetzt wurde. Ihm gelang die Flucht, als das Lager geräumt wurde und über 1000 Häftlinge auf dem Todesmarsch zum KZ Dachau erschossen wurden. In den 70iger und 80iger Jahren engagierte sich Hans Braun für die juristische Anerkennung des Völkermordes an Sinti und Roma in Deutschland.

Oswald Marschall, vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und stellvertretender Vorsitzender unseres Fördervereins, stellte die Schicksale seiner eigenen Familie, die auch sein Leben sehr geprägt haben, eindrucksvoll dar.

Oswald Marshall stellte ebenso wichtige Informationen zur Geschichte deutscher Sinti vor und räumte mit den vielfältigen Vorurteilen gegenüber Sinti auf, was für viele im Saal völlig neue Erkenntnisse lieferte und belegte, wie wichtig mehr Wissen und Aufklärung sind. Für die musikalische Umrahmung sorgte das Bremerhavener Sinti-Swing-Ensemble, das virtuose Glen-Hoffmann-Trio, das immer wieder zwischendurch mit ihrer hinreißenden Musik die Veranstaltung auflockerte.



Abschließend bleibt festzustellen, dass die berührenden, fast nicht vorstellbaren Berichte und Erfahrungen zwar in vielen Teilen schwer zu verkraften waren, aber darin bestärkt haben, diese schreckliche Zeit nicht nur nicht zu vergessen, sondern als Auftrag zum Handeln zu sehen.

Der Förderverein Sinti und Roma Holocaust-Mahnmal-Hannover e.V. freut sich über eine Unterstützung und Förderung des Vorhabens. Nähere Infos finden sich auf der homepage: www.sinti-mahnmal.de.

Zum Schluss ein Zitat von Thomas Hermann aus seinem Grußwort, das Mahnung und Auftrag zu gleich ist:

„Auschwitz ist zum Symbol für den fabrikmäßig organisierten Massenmord geworden, für den Zivilisationsbruch, dessen Keim jede Gesellschaft in sich trägt. Auschwitz ist eine stetige Mahnung an uns alle, an jede demokratisch verfasste Gesellschaft, sich der Gefahr für Menschenrechte, Vielfalt und Toleranz permanent bewusst zu sein.“

Helga Schwitzer, stellvertretende Vorsitzende des Fördervereins

Spaniens umkämpfte Erinnerungskultur.

Der politische Streit um die diktatorische Vergangenheit und ihre Folgen für das Zusammenleben der Spanierinnen und Spanier.

(Bericht zum Vortrag von Prof. Walther Bernecker)

Prof. Walther Bernecker hielt im Rahmen des Veranstaltungsprogramms der Deutsch-Spanischen Gesellschaft einen hochinteressanten Vortrag zum oben genannten Thema. Stehpult und Sitzplatz waren für den Vortragenden eingerichtet, aber Prof. Bernecker trat vor die Zuhörer im voll besetzten Theatermuseum des Schauspielhauses und fesselte diese mit seiner Rede ohne Manuskript und ohne jegliche Wandprojektion.

Am Anfang stellte Prof. Bernecker heraus, wie umkämpft heute das Bild ist, das von den jeweiligen Kontrahenten von der spanischen Geschichte entworfen wird. Die Deutung ihrer

Geschichte polarisiert die spanische Gesellschaft gegenwärtig, und dies bildet sich im Parteienspektrum ab.

Gegenwärtig sei bei der ultrarechten Partei Vox und dem konservativen Partido Popular eine um Identitätsstiftung bemühte Bezugnahme auf die Reconquista feststellbar, die getragen werde von der Idee, dem Christentum wieder Geltung zu verschaffen. Dieses Geschichtsbild sei dem der Franco-Diktatur verwandt. Der spanischen Republik, die mit dem Sturz durch die Franquisten ihr Ende fand, werde kaum gedacht, ebenso wenig dem Ende der Franco-Diktatur vor 50 Jahren. Es gebe sogar Widerstand gegen 50-Jahr-Feiern.

Prof. Bernecker geht kurz auf die Phase der „Transición“ (der Übergangszeit) nach dem Tode Francos im Jahre 1975 ein. Nach dem blutigen Bürgerkrieg sei der Versuch unternommen worden, durch Ausblenden der Vergangenheit zu einem Miteinander in der spanischen Gesellschaft zu kommen und die begangenen Verbrechen nicht zu ahnden. So wurden diejenigen, die die Putschisten aktiv unterstützten sowie die Mitglieder der Falange strafrechtlich nicht verfolgt, und die ca. 130 000 Vermissten lagen in nicht genau lokalisierbaren Massengräbern, ohne dass deren Familien die Möglichkeit hatten, die Gräber ihrer Angehörigen aufzuspüren. Im öffentlichen Raum blieben die Namen der Franquisten auf Schildern von Straßen und Plätzen präsent.

In der Regierungszeit des sozialistischen Präsidenten der PSOE Felipe Gonzales (1982 - 1996) habe man ernsthaft versucht, durch die Konzentration auf die Zukunft eine friedliche Phase der spanischen Geschichte einzuläuten. In dieser Zeit wurde Spanien auch Mitglied der Europäischen Union sowie der Nato.

Die Phase des gesellschaftlichen Ausgleichs unter dem Präsidenten Felipe Gonzalez änderte sich 1996, als der Kandidat des Partido Popular José Maria Aznar die Regierungsgeschäfte übernahm. Mit der Forcierung einer neo-franquistischen Deutung der Geschichte wurde dem Versuch, die Konflikte zu befrieden, ein Ende gesetzt. Daraufhin bildeten sich etliche zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich vor allem dem Auffinden und Öffnen der Massengräber widmeten. Bisher seien etwa 90 000 Skelette gefunden und umgebettet worden.

Nach dem Regierungswechsel im Jahre 2004, der vor allem auf die im Wahlkampf getätigte wissentlich falsche Information Aznars, das große Attentat auf dem Atocha-Bahnhof sei von der ETA begangen worden, zurückzuführen sei, wurde 2007 unter dem sozialistischen Präsidenten José Luis Rodriguez Zapatero das Gesetz Ley de la Memoria Historica verabschiedet, das den Weg zur Erforschung der Gräber der Opfer der Diktatur ebnen sollte. Der spanische Untersuchungsrichter Balthazar Garzón, dem zu verdanken ist, dass der chilenische Diktator Pinochet angeklagt wurde, wurde aktiv und vertrat die Ansicht, dass die Amnestie in der Zeit der „Transición“ bezüglich der Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht wirksam sein könne, da diese Verbrechen niemals verjährten. Balthazar Garzón wurde jedoch kaltgestellt. Gegenwärtig werde die Aufklärungsarbeit an dem Begriff „Traditional Justice“ festgemacht. Sie habe drei Komponenten: Wahrheit – Gerechtigkeit – Wiedergutmachung.

Im neuen zweiten staatlichen Gesetz zur demokratischen Erinnerungskultur (Ley de la Memoria Democratica), das im Oktober 2022 in Kraft trat, werde die Verantwortung des Staates betont. Die Aufklärung sei zentral; denn es ginge um die Wiederherstellung der Ehre,

der Würde der unrechtmäßig ermordeten Bürger und Bürgerinnen; es sei niemals um materielle Entschädigung gegangen. Dennoch regt sich Widerstand, und auf der Ebene der autonomen Staaten in Spanien seien Gesetze verabschiedet, die zwar durch Namensgebung vorgeben, den Zusammenhalt der Gesellschaft zum Ziel zu haben (Ley de la Concordia), die aber den Weg der Aufklärung behindern.

Es gebe jedoch seitens der UNO einen Druck auf den spanischen Staat, die UNO-Charta umzusetzen und Menschenrechtsverletzungen zu ahnden; Argentinische Richterinnen hätten dies durch Prozesse initiiert. Doch die Identitätsprobleme in Spanien, die sich im Ringen um eine angemessene Geschichtsdeutung zeigen, sind gegenwärtig nicht aus der Welt zu schaffen und werden von den Parteien ständig wiederbelebt.

Da das Bildungswesen in der Hand der Regionen liege, gebe es unterschiedliche Geschichtsbücher. Auch in ihnen zeige sich – ebenso wie im Parteienspektrum – die polarisierte Gesellschaft.

Einen Konsens in der Interpretation der Geschichte gebe es in Spanien nicht, und das Ziel der Aufklärung der Verbrechen habe sich nicht zu einem konsensfähigen Fundament entwickeln können. Doch der genaue Blick in die Vergangenheit sollte den Wertekanon bilden für die heutige Zeit.

Regina Brunschön

20. MV des Netzwerks – Bericht

Am 20. Februar diesen Jahres fand die zwanzigste Mitgliederversammlung des Netzwerks Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover e.V. in den Räumen des Projekts Ohehöfe statt. Diese MV war notwendig geworden, weil dringend nötige Reformen zur zukünftigen Arbeit des Netzwerks zu besprechen waren, die nicht bis zur turnusmäßigen Hauptversammlung im Sommer 2025 aufgeschoben werden können. Im Vorfeld hatte es seit der 19. MV im letzten Sommer intensive Beratungen im Vorstand und innerhalb einer Arbeitsgruppe der Mitglieder um die zukünftige Aufgaben und eine Veränderung der Arbeitsweisen innerhalb des Netzwerks gegeben. Die MV verabschiedete zu diesem Thema einen Entschließungsantrag des Vorstands – mit kleinen Änderungen. Er sei hier veröffentlicht. Die dort formulierten Vorhaben müssen in der nächsten Zeit konkretisiert und angefasst werden. Zwei Dinge werden gegenwärtig schon auf den Weg gebracht. Eine Forschung über die Haltung der städtischen Nachkriegsgesellschaft gegenüber den DP's steckt in der Planungsphase. Sie soll über dies Thema hinaus in eine tiefere Beschäftigung mit der Zeit nach 1945 einläuten. Auch notwendige Forschung zur NS-Zeit in Städten und Orten der Region ist gegenwärtig in planerischer Vorbereitung. Bis zur Mitgliederversammlung im Sommer, bei der der Vorstand neu gewählt werden muss, weil Horst Dralle und Tom Seibert aus ihren Funktionen ausscheiden, sollen die im Entschließungsantrag formulierten Reformschritte, etwa zur Öffentlichkeitsarbeit, auf den Weg gebracht sein.

Dieser Wille zu notwendigen Reformen entspringt nicht einer krisenhaften Entwicklung des Netzwerks, das in all seinen Gliederungen und Formaten lebendig und attraktiv ist. Der Vorstandsbericht, der im Protokoll (vgl. <https://netzwerk->

erinnerungundzukunft.de/netzwerk-e-v-2/vereinsmitteilungen/) dokumentiert ist, drückt dies aus. Nicht umsonst fanden fünf Interessierte den Weg zur Mitgliedschaft im Netzwerk. Der Wille zur Reform entspringt der Einsicht, dass wir handeln müssen, bevor eine Krise eintritt.

PS

Entschließung Netzwerkreform

Seit der letzten MV des Vereins Netzwerk Erinnerung und Zukunft in der Region Hannover (NW) steht eine Reform von NW-Politik und NW-Organisation auf der Agenda. Auf Vorstandsebene und in zwei Gesprächsrunden von Mitgliedern wurde die Entwicklung erinnerungskultureller Arbeit und ihre Veränderung der letzten Jahre erörtert. Diese Überlegungen sind allen Mitgliedern in mehreren Perspektivpapieren und Sitzungsprotokollen schriftlich zugegangen. Es wurde festgestellt, dass die organisatorische Struktur des Vereins zwar stabil ist, doch notwendige Reformen bei Arbeitsinhalten und Arbeitsstrukturen in Angriff genommen werden müssen, um weiterhin effektiv tätig zu sein und attraktiv für all diejenigen zu sein und zu bleiben, denen erinnerungskulturelle und Demokratie stärkende Arbeit wichtig sind.

Die Mitgliederversammlung vom 20. Februar 2025 fasst den Entschluss, die folgenden Reformfelder mit entsprechenden Schritten anzupacken:

- A) Das NW ist als Gesamtverband der vielen Initiativen und Einzelpersonen auf deren Mitwirkung und kollektives Engagement angewiesen. Zur Stärkung der organisatorischen und persönlichen Vernetzung gibt es folgende Instrumente, die zwar bestehen, doch zu wenig genutzt werden, zu stärken.
- Nutzung des Büros für die Präsentation der Arbeit der Initiativen
 - Nutzung des Netzwerkforums zum Informations- und Meinungs austausch
 - Nutzung der neuen Homepage zur Darstellung der Arbeit der Mitgliedsinitiativen.
- B) Als kollektive Aufgabe soll die Inangriffnahme von neuen Forschungsprojekten betrachtet werden. Dabei stehen lang vernachlässigte Forschungen zur Nachkriegsgesellschaft auf der Agenda:
- Forschungen zu NS-Politik auf dem Land (in den Regionsgemeinden ggf. in anderen Kreisen)
 - Forschungen zur Nachkriegsgesellschaft, ihren DPs und Geflüchteten/Vertriebenen
- C) Forschung und andere Aufgaben wie effektivere Öffentlichkeitsarbeit, Kontaktpflege zu Politik und Kooperationspartner*innen, Eintreten gegen rechte Strukturen in der Region Hannover sollen durch Bildung von Projektgruppen aus Mitgliedern organisiert werden. Das gilt auch für Aufgabenbereiche wie Jugend, Migranten, Antiislamismus, Antiziganismus. Damit können Personenmitglieder und Personen aus dem Umfeld des NWs – so sie es wünschen – in die NW-Arbeit einbezogen werden, und das NW als Gesamtheit kann z. B von den Forschungserfahrungen seiner Mitgliedsinitiativen profitieren.

Für spezifische Projekte in Forschung und öffentlicher Präsentation sollen über Einwerbung von Drittmitteln fähige Personen gewonnen werden, die diesen Projektgruppen professionell zuarbeiten. Dazu soll perspektivisch ein zweiter Arbeitsplatz im Büro eingerichtet werden.

- D) Für wichtige politische Aufgaben wie die Verteidigung und Stärkung der Demokratie und die wirkungsvolle Einmischung in den Kampf gegen den Rechtsextremismus wird in Zukunft mindestens ein Vorstandsmitglied plus NW-Referent*in verantwortlich sein. Für spezifische Aufgaben in diesem Arbeitsfeld soll der Vorstand interessierte Mitglieder als Verantwortliche kooptieren.
- E) Aktuell und dringlich werden die Mitglieder in interner Debatte die personelle Neubesetzung des Vorstands vorbereiten, so dass dieser auf einer MV im Sommer 2025 gewählt werden kann. Zeitnah verstärken sie die Suche und das Werben um die Neubesetzung der Stelle des/der Netzwerkreferent*in zum Frühjahr 2025.

Impressum

Das Netzwerkforum (einst Newsletter) erscheint zu Beginn jedes geraden Monats sechsmal pro Jahr als Mitteilungsblatt an die Mitglieder und an Interessierte des Vereins. Redaktionsschluss dieser Ausgabe war am 25. März 2025. **Redaktionsschluss des nächsten Netzwerkforums ist der 26. Mai 2025.**

Redaktion: Dr. Peter Schyga (Netzwerkreferent), PS

Netzwerk Erinnerung und Zukunft e.V., Kirchstr. 1/ Pariser Platz, 30449 Hannover; Tel. 0511/67437122;

erinnerung-und-zukunft@gmx.de; www.netzwerk-erinnerungundzukunft.de



wird institutionell gefördert von der Landeshauptstadt Hannover, Zentrale Angelegenheiten Kultur.

